

Ein utopischer Paragraf

Grossrat Remo Gallacchi (CVP) will den Autoverkehr nicht weiter zu reduzieren – und stösst auf Widerstand

Von Martin Regenass

Basel. Die Basler Stimmbevölkerung sagte 2010 mit 54,7 Prozent Ja zum Gegenanschlag der Städte-Initiative des Verkehrs-Clubs der Schweiz. Damit wurde im Gesetz festgeschrieben, dass die gefährlichen Kilometer des privaten Motorfahrzeugverkehrs auf Kantonsgebiet bis 2020 um zehn Prozent reduziert werden müssen. Nach Halbzeit, also 2015, ergaben Zählungen des Amtes für Mobilität aber lediglich eine Abnahme von 1,8 Prozent. Für CVP-Grossrat Remo Gallacchi sind die verlangten zehn Prozent aus diesem Grund eine «utopische Zahl».

«Grundsätzlich ist es falsch, solch absolute Zahlen im Gesetz festzuschreiben.» Denn falls Basel-Stadt von seinen 200'000 plötzlich auf 250'000 Einwohner wachsen würde, dann würde laut Gallacchi wohl auch der Privatverkehr zunehmen. Gallacchi beantragt dem Grossen Rat daher heute, dem Regierungsrat eine Gesetzesänderung zu überweisen. Er will das Gesetz dahingehend ändern, dass das Aufkommen des Privatverkehrs auf dem Stand von 2015 eingefroren wird. Dass nicht mehr Verkehr zugelassen werden soll, mit diesem «Kompromiss» erhofft sich

Remo Gallacchi Zustimmung aus der linken Ratschälfte.

Dort stösst die Idee aber auf geringes Wohlwollen. Der grüne Grossrat Michael Wüthrich spricht bei dieser verlangten Gesetzesänderung von «schlechtem Stil». «Im jetzigen Umweltschutzgesetz steht, dass die Verringerung bis 2020 zu erfolgen hat. Nun sind aber erst fünf Jahre vergangen und die Frist noch nicht abgelaufen. Da muss es sich um schlechte Verlierer handeln, wenn die jetzt schon eine Änderung verlangen», sagt Wüthrich. Der Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission fordert, dass der Regierungsrat härter durchgreift, um mit griffigen Massnahmen das festgeschriebene Reduktionsziel durchzusetzen.

Kein Respekt vor Volksentscheid

In dieselbe Kerbe schlägt auch SP-Grossrätin Dominique König-Lüdin. «Würden wir Linken nach fünf Jahren verlangen, einen Volksentscheid rückgängig zu machen, dann würden wir aufs Schärfste kritisiert. Vor allem SVP-Politiker würden uns heftig angreifen.» Die SP hatte am Montag Fraktions-sitzung. «Die Motion Gallacchi ist auf grosse Ablehnung gestossen», sagt König-Lüdin. Ganz allgemein fordert

die Grossratspräsidentin ein wenig kürzeres Blut in der Verkehrspolitik. «Man muss doch endlich einmal mit Beschlüssen der Stimmbevölkerung und des Grossen Rats arbeiten und kann sie nicht immer sofort torpedieren.»

Als zweites Beispiel nennt sie die Einführung der autofreien Innenstadt vor etwas mehr als einem Jahr. Da seien die Kritiker sofort auf dem Platz gestanden und hätten das Konzept kritisiert. König-Lüdin: «Diese von Gallacchi geforderte Gesetzesänderung wird auch nicht mehr Ruhe in der Verkehrspolitik hineinbringen. Ganz im Gegenteil wird die Verkehrspolitik damit noch mehr aufgerieben.» Sie wirft Gallacchi vor, dass er mit diesem Vorstoss bereits Wahlkampf betreibt.

Neben SP und Grünen hat auch der Gewerbeverband Basel-Stadt Vorbehalte gegen die Motion von Gallacchi. Gewerbedirektor Gabriel Barell: «Sie sorgen dafür, dass alle Verkehrsträger gefördert werden und so die Mobilitätsbedürfnisse der gesamten Bevölkerung berücksichtigt werden.» Starre und willkürliche Zielvorgaben seien in der Verkehrspolitik kontraproduktiv. Barell: «Das haben wir mit der unrealisierbaren Zehn-Prozent-Reduktion des motorisierten Verkehrs gesehen.»

Parkplätze zugunsten von Velospuren aufhebt.

Zwei Volksinitiativen lanciert

Zudem würde mit der Forderung Gallacchis, das Verkehrsaufkommen beim Stand 2015 einzufrieren, zum einen wiederum ein willkürliches quantitatives Verkehrsziel im Gesetz verankert. Andererseits bleibe laut Barell der ganze Massnahmenkatalog gegen den motorisierten Verkehr unverändert. «Jetzt ist nicht der richtige Zeitpunkt für eine Pflasterli-Politik, auch wenn sie gut gemeint ist. Es braucht eine Verkehrspolitik des Miteinander, ohne Kampf der verschiedenen Verkehrsträger», fordert Barell.

Der Gewerbedirektor sagt dies natürlich nicht ganz uneigennützig. Denn sein Verband hat vor Kurzem zwei Volksinitiativen unter dem Titel «Zämme besser» lanciert. Barell: «Sie sorgen dafür, dass alle Verkehrsträger gefördert werden und so die Mobilitätsbedürfnisse der gesamten Bevölkerung berücksichtigt werden.» Starre und willkürliche Zielvorgaben seien in der Verkehrspolitik kontraproduktiv. Barell: «Das haben wir mit der unrealisierbaren Zehn-Prozent-Reduktion des motorisierten Verkehrs gesehen.»

Nachrichten

Umzonung schafft Platz für 500 neue Wohnungen

Basel. Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat eine Umzonung auf dem Areal des Felix-Platter-Spitals, damit dort über 500 genossenschaftliche Wohnungen geschaffen werden können. Der Bebauungsplan sehe zusätzlich quartierdienliche Nutzungen und Freiräume auf dem Areal vor. Die Arealentwicklung werde ein eigentlicher Meilenstein für den genossenschaftlichen Wohnungsbau in Basel.

Gartenhaus im St. Johann abgebrannt

Basel. Ein Gartenhaus auf dem Areal zwischen dem Bahnhof St. Johann und Im Wasenboden brannte am Montag vollkommen ab. Der Brand wurde um 18.15 Uhr von einer Passantin entdeckt. Sie sah Flammen und starke Rauchentwicklung und meldete dies den Rettungskräften. Die Berufsfeuerwehr konnte den Brand löschen, verletzt wurde niemand. Die genaue Brandursache ist noch unklar, die Kriminalpolizei ermittelt. Mit grosser Wahrscheinlichkeit sei nicht von Brandstiftung auszugehen, schreibt die Staatsanwaltschaft. Hinweise erbittet sie an Telefon 061 267 71 11.

Kanton sucht Betreiber für Gastro-Kiosk

Basel. Die Stadtgärtnerei plant auf der Oekolampadmatte einen neuen Gastro-Kiosk, der die Aufenthalts- und Nutzungsqualität der gesamten Grünanlage erhöhen soll. Damit dies gelingt, wird noch ein Betreiber gesucht, der ein innovatives Verpflegungskonzept vorlegt. Ein entsprechendes Bewerbungsverfahren laufe, teilt das Bau- und Verkehrsdepartement mit; die Pacht ist im Kantonsblatt ausgeschrieben. Die Stadtgärtnerei plant, die Oekolampadmatte und die angrenzende Oekolampadstrasse zu einer Anlage zu verschmelzen. So entsteht eine 7370 Quadratmeter grosse Grünanlage mit einem Infrastrukturgebäude, das eine öffentliche WC-Anlage und – auf Wunsch des Quartiers – eine Verpflegungsstation enthält.

Zwei Nein und ein Ja von der BastA!

Basel. Die BastA hat für die Abstimmungen vom 5. Juni 2016 die Parolen gefasst. Auf kantonaler Ebene empfiehlt sie jeweils ein Nein zum BVB-Organisationsgesetz und zum neuen Kantonalbankgesetz sowie ein Ja zum Neubau des Amtes für Umwelt und Energie. Die BastA hat das Referendum zum BVB-Organisationsgesetz ergriffen. Sie setze sich damit «gegen die Entmündigung des Grossen Rates und den scheibchenweisen Demokratieabbau bei den BVB» ein.

Hausgenossen bauen ihre Liegenschaften um

Basel. Die E. E. Zunft zu Hausgenossen wählte Lukas Faesch als neuen Vorgesetzten in den Vorstand. Er löst den zurückgetretenen Lukas Althoff ab. Die bisherigen Vorgesetzten wurden bestätigt. Der Zunftvorstand für die nächsten drei Jahre: Peter E. Burckhardt (Meister), Caspar Zellweger (Statthalter), Marc Jaquet (Seckelmeister), Balthasar Sattelen (Schreiber), Philippe Fürstenberger (Bauherr), Theodor V. Burckhardt (Irtzenmeister), Bernhard Lang, André Wiese (Bannerherr), Andreas Kuster (Spielchef) und Lukas Faesch. Das Projekt, die beiden Zunftliegenschaften Freie Strasse 37 und Falknerstrasse 9 umzubauen und zu sanieren, wurde gutgeheissen.

Glückwünsche

Diamantene Hochzeit

Basel. Den Eheleuten Frieda und Eduard Lichtenberger-Vogt, Ruth und Erwin Hof-Bieri sowie Hildegard und Roger Birrer-Gämpeler gratulieren wir zum 60. Hochzeitstag herzlich und wünschen ihnen alles Gute für die Zukunft. gratulationen@baz.ch

Ehre für den Zunftbruder

Kranzniederlegung. Vor 350 Jahren ist der für die damalige Eidgenossenschaft wichtige Diplomat und Basler Bürgermeister Johann Rudolf Wettstein gestorben (BaZ von gestern). Das hat die Zunft zu Reblenten zum Anlass genommen, ihrem verstorbenen Zunftbruder die Ehre zu erweisen. Eine Delegation mit Zunftmeister Eduard Etter (Zweiter von rechts) schritt gestern in den Kreuzgang des Basler Münsters und legte vor Wettsteins Grabtafel einen Kranz nieder. Gleichzeitig hat die in diesem Jahr ihr 650-Jahre-Jubiläum feiernde Zunft eine Stadtführung zum Thema Johann Rudolf Wettstein in die Wege geleitet, die von Visit Basel durchgeführt wird und weniger die staatspolitische als die private Seite Wettsteins ins Zentrum rückt. Heli Foto Nicole Pant



Angriff auf die Sperrklausel für die Grossratswahlen

Motion Arslan im Grossen Rat traktandiert

Von Markus Vogt

Basel. Die Motion von Sibel Arslan (Grünes Bündnis) fordert, das Wahlgesetz anzupassen und die Bestimmungen über die Sperrklausel (Quorum) zu ändern. Der Vorstoss zielt klar darauf ab, die Hürden für Querulanten wie Eric Weber zu erhöhen. Argumentiert wird auch mit dem Schicksal der EVP, die bei den letzten Grossratswahlen gerade noch einen Sitz erreicht hat. Die EVP hatte über alle Wahlkreise einen Stimmenanteil von 4,8 Prozent (ohne den Einerwahlkreis Bettingen) und noch einen Sitz erreicht; mit dem alten System wären es vier Sitze gewesen. Umgekehrt profitierte eine Kleinstpartei (die Volkswaktion von Eric Weber): Sie erreichte im Wahlkreis Kleinbasel das Quorum und erhielt zwei Sitze. Über das ganze Kantonsgebiet hatte die VA aber lediglich einen Wähleranteil von weniger als 1,5 Prozent.

Die Motion fordert eine Lösung, die etwa so aussehen könnte: «Eine Liste nimmt nur an der Sitzverteilung teil, wenn sie wenigstens vier Prozent aller Stimmen der Wahlkreise mit mehreren Sitzen erreicht hat.» Die Motion wurde an die Regierung überwiesen, gegen deren Willen.

Der Regierungsrat schlug nun ein kombiniertes Quorum vor: Listen sollen nur an der Sitzverteilung teilnehmen können, wenn sie mindestens fünf Pro-

zent der Stimmen in einem Wahlkreis mit mehreren Sitzen oder drei Prozent der Stimmen im Kanton erreicht haben.

Die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (JSSK) des Grossen Rates, bei der das Geschäft dann landete, ist gespalten, auf dem Tisch liegen ein Mehrheits- und ein Minderheitsantrag. Einig war man sich nur gerade darin, allfällige Änderungen des Wahlgesetzes erst auf die Wahlen 2020 hin wirksam werden zu lassen.

Gar kein Quorum mehr

Die Mehrheit der Kommission will überhaupt keine Sperrklausel mehr. Die Mehrheit (eher die Linke) betrachtet das natürliche Quorum «als gute und faire Lösung», weil diese die bestmögliche Berücksichtigung des Wählerwillens in den Vordergrund stelle. In diesem Punkt sieht die Mehrheit auch den einzigen Grund, das Wahlgesetz schon wieder zu ändern.

Die Kommissionsminderheit (eher bürgerlich) kommt zum Schluss, dass mit den Gesetzesänderungen, die auf die Wahl 2012 erstmals wirksam wurden, die Resultate eingetroffen seien, die zu erwarten waren. Die Mehrheit wolle mit ihrem Vorschlag (keine Sperrklausel mehr) die Parteienzersplitterung in extremer Weise fördern. Dem kann sich die Minderheit nicht anschliessen; sie plädiert für Beibehalten des heutigen Gesetzes.

«Wer Basel nicht spießig findet, ist selber ein Spiesser»

Spießertum statt Weltoffenheit? Das Freiheitspodium fragte nach

Von Dominik Heitz

Basel. Ist es spießig, für eine verkehrsfreie Innenstadt zu sein oder mehr Abstellplätze für Kinderfahrzeuge zu fordern? Zeugt es von Weltoffenheit, gegen Vespa-Parkplätze zu wettern oder für erweiterte Lärmzonen zu plädieren?

Das Freiheitspodium stellte am Montag im «Parterre» die Frage «Spießertum statt Weltoffenheit?» und lud als Gäste alt SP-Grossrätin Christine Keller und Schauspieler Gilles Tschudi ein sowie Michael Bahnerth, Mitglied der BaZ-Chefredaktion, und Alain Szerdahelyi, Kulturschaffender und Präsident von Jungle Street Groove.

Es geht um persönliche Freiheit – und um persönliche Sicherheit; das wurde im Verlaufe der von Martina Rutschmann geleiteten Podiumsdiskussion bald einmal klar. Den einen, die sich gegen die spießigen Paragrafenreiter wehren, sind Reglementierungen ein Dorn im Auge, denen mangelnde Weltoffenheit vorgeworfen wird, begrüssene Verordnungen, um klare Verhältnisse zu haben.

Sprüche über Zürichern

Während Michael Bahnerth etwa die verkehrsfreie Innenstadt kritisierte und deshalb die Spießigkeit nicht zuletzt am seltsamen Bild festmachte, dass sich heute die Prostituierten auf der Strasse nicht mehr an die Autos der Freier, son-

dern an deren Velos lehnen, findet Christine Keller, Basel sei viel fortschrittlicher als noch vor Jahrzehnten, als an Feiertagen die Kinos geschlossen waren und es die Bedürfnisklausel gab. Spießig findet sie, wenn man sich kleiner gebe, als man ist, und ständig Sprüche über Zürcher mache. Gilles Tschudi dagegen erachtet Sprüche über Zürcher gerade nicht als spießig; sie seien vielmehr ein Zeichen der Identitätsverteidigung. Spießig seien jene, die sich von den Mächtigen engagieren liessen.

In der Diskussion schalteten sich unter anderen auch Tino Krattiger und Stadtentwickler Thomas Kessler ein. Krattigers Thema war die Rheingasse mit ihren scheinbar zu eng gefassten Lärmzonen. Kessler gab zu bedenken, dass vor allem der Wohlstand Normen und damit Regulierungen schaffe.

Weltoffen? Selber ja

Ist Basel spießig? Christine Keller findet es nicht. Worauf FDP-Grossrat Elias Schäfer entgegnete: «Spießig finde ich, dass all jene, die Basel nicht spießig finden, selber spießig sind.»

Alles in allem wussten die Podiumsteilnehmer wohl, dass in ihnen selber ein Stückchen Spießigkeit steckt, gaben sich aber in ihren Äusserungen stets sehr weltoffen. Einzig Alain Szerdahelyi redete kaum ein Wort – und erweckte gerade dadurch beinahe den Eindruck, am wenigsten spießig zu sein.